



GOVERNANCE IN RÄUMEN BEGRENZTER STAATLICHKEIT

EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren,



Thomas Risse

Sie haben es vielleicht bei der einen oder anderen Gelegenheit gemerkt: Es ist viel passiert an unserem Sonderforschungsbe- reich. 2011, das zweite Jahr unserer zweiten Förderperiode stand ganz im Zeichen der Feldforschung, deren Ergebnisse wir jetzt dabei sind, auszuwerten. Im April diesen Jahres hat sich der SFB 700 auf der Jahrestagung der ISA prominent präsentiert. Außerdem wirft die erneute Antrag- stellung für die Förderphase 2014-17 bereits ihren Schatten voraus. Ergeb- nisse müssen zusammengefasst und neue Anträge erarbeitet werden!

In der vorliegenden Ausgabe unseres Newsletters finden Sie einen Beitrag von Marianne Beisheim über Go- vernance durch Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung- passend zu der derzeit stattfindenden „Rio+20“- Konferenz. Zudem können sie kurze Berichte über die Arbeit unserer wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Thomas Eimer, Anja Hoffmann und Malika Bouziane lesen.

Auf Ihre Kommentare und Anmer- kungen sind wir wie immer gespannt!

Ihr

Thomas Risse
Sprecher des SFB 700

AUS DEM INHALT

„Rio 20+“- Governance durch Partnerschaften	2
Wohlstandsökologie in Indien.....	3
Feldforschung in Marokko und Jordanien.....	3

SFB 700 - Empfang bei der ISA

Mit einer Posterausstellung, Panelauftrit- ten und einem Informationsstand präsentierte sich der SFB 700 „Governance in Räumen be- grenzter Staatlichkeit“ bei der ISA Annual Con- vention 2012 in San Diego. Höhepunkt des SFB-Auftritts war der Empfang des Forschungs- bereichs. Die Veranstaltung war mit 150 Gästen gut besucht – auch Etel Solingen, die derzeitige Präsidentin der ISA Annual Convention, kam für einen kurzen Besuch vorbei und informierte sich über den SFB 700. Nach einer kurzen Anspra- che von SFB-Sprecher Thomas Risse nutzten die Gäste die Gelegenheit sich anhand der ausge- stellten Poster der 18 Teilprojekte über die Arbeit des SFB 700 zu informieren. Während der vier-

tägigen Konferenz präsentierten und diskutier- ten die zwölf mitgereisten SFB-Mitglieder ihre Forschungsergebnisse in verschiedenen Panels.



Kurzmeldungen



NEUES TEILPROJEKT

Seit Januar diesen Jahres gibt es ein neues Teilprojekt am SFB 700. Das Projekt- team B13 erforscht unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Mühlhahn die Transformation von Governance-Institutionen in China (1945-1957). Untersucht wird die Entwicklung von Institu- tionen und Formen legitimen Regierens im Umgang mit inländischen Flüchtlings- und Migrations- bewegungen. Der regionale Schwerpunkt der Forschung liegt auf den zwei nordchi- nesischen Städten Tianjin und Qingdao. Der Projekt- leiter Klaus Mühlhahn wird unterstützt von Hajo Frölich.



Klaus Mühlhahn

nance Without a State? Policies and Politics in Areas of Limited Statehood“ gegeben, der 2011 bei Columbia University Press erschienen ist und von Thomas Risse, dem Sprecher des SFB herausgegeben wurde.



SFB 700 BEI DER LANGEN NACHT DER WISSENSCHAFTEN

Welche Rolle nehmen Nicht-Regierungsorga- nisationen beim Schutz der Menschenrechte ein? Zu dieser Frage veranstaltete der SFB 700 gemeinsam mit Human Rights Watch (HRW) eine Podiumsdiskussion bei der Langen Nacht der Wissenschaften am 2. Juni 2012. Auf dem Podium diskutierten Wenzel Michalski (HRW), Andrea Liese (SFB 700) und Beate Rudolf (Deut- sches Institut für Menschenrechte). Die SFB 700-Teilprojekte veranstalteten zudem eine Posterausstellung.



Ein Thema für „Rio+20“: Governance durch Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung

Im Juni 2012 wird in Rio de Janeiro die VN-Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung darauf aufmerksam machen, dass drängende Governance-Aufgaben im Bereich nachhaltiger Entwicklung ungelöst sind, so beispielsweise der Zugang zu einer nachhaltigen Versorgung mit Wasser, Energie oder Gesundheitsdienstleistungen. Die Kapazitäten zur Lösung dieser Probleme sind in Räumen begrenzter Staatlichkeit (RbS) schwach. Wer also soll diese Aufgaben stemmen?

Partnerschaften als Governance-Akteure

Die „Rio+20“-Konferenz findet 20 Jahre nach dem ersten „Erdgipfel“ in Rio 1992 statt. Mit der Rio-Erklärung und der Agenda 21 wurde dort ein Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung aufgelegt. Zehn Jahre später wurde auf dem Johannesburg-Gipfel 2002 ein großes Umsetzungsdefizit auf Seiten vieler Mitgliedsstaaten beklagt. Der damalige VN-Generalsekretär Kofi Annan rief daher Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, im Rahmen von „Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung“ dazu beizutragen, die vereinbarten Ziele schneller umzusetzen.



Partnerschaft saubere Wasserversorgung in Kibera, Kenia. Bild: privat

Partnerschaften wurden als Hoffnungsträger für eine effektivere Umsetzung gehandelt, indem sie Wissen über nachhaltiges Wirtschaften verbreiten, freiwillige Standards und Zertifizierungsinstrumente entwickeln oder eigenständige Projekte finanzieren und umsetzen. Die auf der ersten Rio-Konferenz (Konferenz der VN über Umwelt und Entwicklung) eingesetzte VN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) bekam die Aufgabe, die Partnerschaften zu begleiten. Weitere zehn Jahre später, 2012, sollen nun in Rio die Partnerschaften für Nachhaltige Entwicklung auf einem parallel stattfindenden Partnership Forum „wiederbelebt“ werden. Warum ist das notwendig und was ist zu tun?

Effektivität: Starke Varianz und keine Ergebniskontrolle

In der Datenbank der CSD haben sich bislang 349 Partnerschaften registrieren lassen. Die Meinungen über deren Effektivität gehen auseinander. In der Einladung zum Partnership Forum in Rio 2012 werden Partnerschaften als die „most participatory and effective mechanism to implement sustainable development“ bezeichnet. Kritische NGOs werfen vielen Partnerschaften dagegen ein greenwashing privatwirtschaftlicher Aktivitäten vor. Studien kommen zum Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der Partnerschaften in der CSD-Datenbank inaktiv oder dysfunktional sind und dass die Effektivität der aktiven Partnerschaften stark variiert. In empirischen Untersuchungen zu 21 Partnerschaften und ihrer lokalen Projekte in RbS bestätigt dies auch das D1-Projekt des SFB 700: von wenigen Initiativen mit einer sehr guten Performanz über ein breites Mittelfeld bis hin zum totalen Scheitern ist alles dabei. Zum anderen variiert aber auch der Erfolg einzelner Projekte derselben Partnerschaft in RbS.

Das D1-Projekt (www.sfb-governance.de/ppp) zeigt, dass das institutionelle Design zusammen mit einem guten Prozessmanagement entscheidend für den Erfolg von Partnerschaften ist. Schon auf der transnationalen Ebene, also in den Sekretariaten oder den Boards der Partnerschaften, kommt es darauf an, dass möglichst bindende Verpflichtungen eingegangen und präzise Regeln definiert werden, deren Einhaltung dann auch überprüft wird. Dies ist vor allem bei den Partnerschaften von Bedeutung, die bei der Umsetzung von Projekten mit Problemen kollektiven Handelns, zu kämpfen haben. Partnerschaften die freiwillige Standards und Verhaltenskodizes entwickeln und umsetzen, profitieren ebenfalls von einem hohen Institutionalierungsgrad und sollten zudem von Anfang an partizipativ angelegt sein. Partnerschaften, die auf den Austausch von Wissen abzielen, können auch mit einem vergleichsweise niedrigen Institutionalierungsgrad erfolgreich sein, allerdings benötigen auch sie ein gutes Prozessmanagement.

Auf lokaler Ebene gewinnt das Design der Partnerschaftsprojekte nochmals an Bedeutung. Es muss robust und zugleich flexibel genug sein, um auf die besonderen Bedingungen in Räumen begrenzter Staatlichkeit eingehen zu können. Mangelnde Kapazitäten auf Seiten lokaler Akteure müssen ausgeglichen werden und Projekte gemeinsam mit der Zielgruppe entwickelt werden. Partnerschaften stoßen in RbS aber auch an Grenzen: so vermeiden sie allgemein gewalttätige Räume und auch dort, wo sie keine handlungsfähigen staatlichen oder nichtstaatlichen Partner finden, gibt es keine Projekte. Falls sie in derart prekären Räumen dennoch aktiv werden, so können sie meist nur sehr einfache Governance-Aufgaben erfolgreich erledigen.

„Rio+20“: Bessere Evaluierung und Unterstützung für Partnerschaften

Die „Rio+20“-Konferenz sollte beschließen, die bei der CSD registrierten Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung zukünftig VN-seitig besser zu begleiten. Bereits für die Auswahl sollten präzise Kriterien entwickelt werden, ebenso zu ihrem institutionellen Design und Management. Nach diesen Kriterien sollten die Partnerschaften dann auch evaluiert werden. Sie sollten mindestens alle zwei Jahre einen entlang der Kriterien strukturierten Tätigkeitsbericht abliefern, der auf der Website veröffentlicht und mit einer Kommentarfunktion versehen wird. Untätige Initiativen sollten nochmals kontaktiert und bei weiter ausbleibender Reaktion ausgeschlossen werden. Verbesserte Evaluierungen des Erfolgs und des institutionellen Designs von Partnerschaften sind notwendig, um Ergebnisse von Lernprozessen zu verbreiten und das Partnerschafts-Modell zum gewünschten Erfolgsmodell mit Breitenwirkung auszubauen.

Marianne Beisheim leitet gemeinsam mit Andrea Liese das Teilprojekt D1 „Entwicklungspartnerschaften in Asien und Afrika“ und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Die Autorin nimmt an der „Rio+20“-Konferenz teil. Im aktuellen SWP-Themendossier ist eine Sammelstudie unter Herausgeberschaft von Marianne Beisheim veröffentlicht: Beisheim, Marianne / Dröge, Susanne: UNCSO Rio 2012. Zwanzig Jahre Nachhaltigkeitspolitik- und jetzt ran an die Umsetzung? SWP-Studien 2012/S10, Mai 2012. Weitere Informationen und Kontakt: www.sfb-governance.de/ppp.

Jenseits der Wohlstandsökologie

Ein Erfahrungsbericht aus Indien

Wer in Indien zu Umweltfragen forscht, wird mit zwei Welten konfrontiert. In Neu Delhi, der Hauptstadt, finden sich die schicken Bürokomplexe der internationalen Organisationen und Umweltschutzgruppen in Anlagen, die jeden schwäbischen Mittelständler neidisch machen würden. Hier diskutiert man die „grüne Ökonomie“ und entwirft Nachhaltigkeitskonzepte, denen zufolge ökologische, wirtschafts- und entwicklungspolitische Zielsetzungen bestens harmonisieren. Im indischen Umweltministerium kommen die Hochglanzbroschüren gut an, zumindest wenn international sichtbare Konferenzen anstehen oder auch Gelder fließen.

Verlässt man aber die Hauptstadt und spricht mit den Menschen, die von der Umsetzung der Pläne betroffen sind, sieht die Welt meist ganz anders aus. Vor Ort dienen die Pläne aus Delhi dazu, indigene Bevölkerungsgruppen (Adivasi) „zu entwickeln“: Menschen, die seit Jahrhunderten mit der örtlichen Flora und Fauna vertraut sind und erfolgreich Subsistenzwirtschaft betreiben, werden angeleitet, nunmehr für einen Markt zu produzieren, den es aufgrund der vorherrschenden Armut gar nicht gibt. Wenn sie ihr spezialisiertes Wissen an Umweltschützer oder Wissenschaftler weitergeben, werden sie mit Fußpumpen entschädigt, die sie vordem gar nicht brauchten. Häufig werden sie von den Forstbehörden unter dem Vorwand des Umweltschutzes

aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben. Wehren sie sich, gelten sie unweigerlich als „Naxaliten“ (maoistische Terroristen) und müssen mit polizeilicher Repression bis hin zu Folter und Tötung rechnen. Einige Nicht-Regierungsorganisationen und katholische Nonnen verteidigen die immerhin auch verfassungsrechtlich verbrieften Rechte der Adivasi, sind dann aber selbst Verhaftung und Ausweisung ausgesetzt.

Alles ein Missverständnis? Zurück in Delhi, konfrontiere ich meine Gesprächspartner mit den Erfahrungen aus dem ländlichen Raum, aber anscheinend erzähle ich nichts Neues: Man nickt zustimmend und verweist auf den nächsten Förderantrag, den man bei einer internationalen Organisation einreichen wolle. Neuerdings sei gemäß der Richtlinien mehr Partizipation enthalten; natürlich aber nur, wenn die indigene Bevölkerung sich kooperationswillig zeige und bereit sei, an ihrer eigenen Entwicklung und im Einklang mit Nachhaltigkeitszielen mitzuwirken.

Thomas R. Eimer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilprojekt D7 „Geistige Eigentumsrechte in Indien und Brasilien“ (Leitung: Susanne Lütz). Weitere Informationen zu dem Projekt und Kontakt: www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_d/d7/index.html.

„Die Grenzen des Sagbaren haben sich verschoben“

Feldforschung in Marokko und Jordanien 2011

Wenige Tage nach dem die Protestwelle in den arabischen Ländern im Frühjahr 2011 Marokko und Jordanien erreichte, begannen Anja Hoffmann (Forschungsschwerpunkt Marokko) und Malika Bouziane (Forschungsschwerpunkt Jordanien) ihre achtmonatige Feldforschung zu lokaler Governance und Dezentralisierungsprozessen in Marokko und Jordanien.

Wie war die Forschungssituation im Frühjahr 2011?

Hoffmann: Die Situation war angespannt - alles schien möglich zu sein. In einem autoritären Staat wie Marokko weiß man nicht, in welche Richtung so eine offene Situation geht. Einige meiner Interviewpartner waren auf einmal in internationalen Medien zu sehen und haben sichtbare Rollen in der Protestbewegung eingenommen. Meine Arbeit war daher noch sensibler. Ich habe zum Beispiel noch sorgfältiger als bei früheren Forschungsaufenthalten überlegt, ob ich meine Interviewpartner in Gefahr bringe, wenn wir zusammen gesehen werden.

Bouziane: Die Atmosphäre in Amman war stark geprägt durch die Proteste- Sit-ins oder Demonstrationen-, die fast jeden Freitag nach dem Freitagsgebet stattgefunden haben. Schon wenige Tage nach meiner Ankunft war ich auf einmal „mitten drin“ in einem Sit-in und habe beobachtet, wie Loyalisten und Demonstranten, die Reformen gefordert haben, aufeinander losgegangen sind. Abseits der Proteste habe ich wie sonst auch Interviews geführt oder in der Bibliothek recherchiert. Auch in den Interviews, die ich teilweise in Ma'an im Süden des Landes geführt habe, waren die Proteste immer ein Thema, das von allen Befragten diskutiert wurde.

Was hat sich in den Forschungsregionen seit Beginn der Proteste verändert?

Bouziane: Wir untersuchen im Rahmen unserer Forschung die Ausgestaltung von lokalen Governance-Institutionen. Geändert haben sich hierbei in beiden Ländern die Wahlgesetze und die Verfassungen. Auf lokaler Ebene wurden zum Beispiel neue Kommunalverwaltungen in Jordanien eingefordert.

Hoffmann: Ich habe aber vor allem auch beobachtet, dass sich die Grenzen des Sagbaren verschoben haben. Es wird auf einmal Kritik am König geäußert- noch leise zwar, aber es gibt sie. Der „Arabische Frühling“

hat auch das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger für das Politische verändert. In früheren Forschungsprojekten haben die Interviewten kaum über Politik geredet- Politik war mit etwas Schlechtem konnotiert. Bei meiner Forschung 2011 dagegen habe ich erlebt, dass meine Interviewpartner Politik auch als etwas Positives sehen, durch das Veränderung bewirkt werden kann.



Proteste in Rabat. Bild: privat

Anja Hoffmann und Malika Bouziane sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Teilprojekt B6 des SFB 700 (Leitung: Cilja Harders). Im Rahmen der Middle East Studies Association (MESA) im November 2012 in Denver, Colorado USA haben die beiden Wissenschaftlerinnen das Panel „Rethinking Elections in Authoritarian States: Insights from the Peripher“ organisiert. Weitere Informationen zu dem Projekt und Kontakt: www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_b/b6/.

Neuerscheinungen aus dem SFB 700

Monographien und Sammelbände



Müller, Markus M. 2012: Public Security in the Negotiated State. Policing in Latin America and Beyond, in: Governance and Limited Statehood Series, Palgrave Macmillan: New York.



Risse, Thomas (Hrsg.) 2011: Governance Without a State?: Policies and Politics in Areas of Limited Statehood, Columbia University Press: New York.



Beisheim, Marianne/Börzel, Tanja/Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (Hrsg.) 2011: Wozu Staat? Governance in Räumen begrenzter und konsolidierter Staatlichkeit, Nomos: Baden-Baden.

SFB Working Paper Series

Draude, Anke/Risse, Thomas/Schmelzle, Cord 2012: Grundbegriffe der Governanceforschung. Ein Beitrag aus dem Teilprojekt A1. SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 36, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin.

Eimer, Thomas R. 2012: When modern science meets traditional knowledge: A multi-level process of adaption and resistance, SFB-Governance Working Paper Series, No. 35, Research Center (SFB) 700, Berlin.

Koetter, Matthias 2012: Non-State Justice Institutions: A Matter of Fact and a Matter of Legislation, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 34, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin.

Koehler, Jan 2012: Social Order within and beyond the shadows of hierarchy. Governance-patchworks in Afghanistan, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 33, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin.

Risse, Thomas 2012: Governance Configurations in Areas of Limited Statehood: Actors, Modes, Institutions, and Resources, SFB-Governance Working Paper Series, No. 32, Research Center (SFB) 700, Berlin.

Eine Übersicht aller bisher erschienenen SFB Publikationen finden Sie auf unserer Website. Die Working Paper stehen dort auch zum Download bereit.

Kontakt

Freie Universität Berlin
Sonderforschungsbereich (SFB) 700
Alfried-Krupp-Haus Berlin
Binger Str. 40
14197 Berlin
Germany

Tel.: +49-30-838 58502
Fax: +49-30-838 58540
E-Mail: sfb700@zedat.fu-berlin.de
Web: www.sfb-governance.de
Redaktion/Layout: Katharina Pätz/Anna Jüschke

Forschungsprogramm des SFB 700

Governance ist zu einem zentralen Thema sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Der SFB 700 fragt nach den Bedingungen von *Governance* in Räumen begrenzter Staatlichkeit, d.h. in Entwicklungs- und Transformationsländern, zerfallen(d)en Staaten in den Krisenregionen der Welt oder, in historischer Perspektive, verschiedenen Kolonialtypen. Wie und unter welchen Bedingungen werden *Governance*-Leistungen in den Bereichen Herrschaft, Sicherheit, Wohlfahrt und Umwelt in Räumen begrenzter Staatlichkeit erbracht, und welche Probleme entstehen dabei? Der SFB 700, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), hat seine Arbeit 2006 aufgenommen.

Leitung des SFB 700

Sprecher	Prof. Dr. Thomas Risse
Sprecher	Prof. Dr. Stefan Rinke
Wiss. Geschäftsführer	Dr. Gregor Walter-Drop

Partnerorganisationen des SFB 700

Freie Universität Berlin

Universität Potsdam

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Hertie School of Governance (HSoG)

